

Tabak-Arbeiter

Nr 89 / Bremen, den 25. Sept. 1926

Organ des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich und ist durch alle Postanstalten zu beziehen.
— Monatlicher Bezugspreis 40 Goldmark ohne Bringelohnt. — Anzeigenpreis 30 Goldmark für die vierspaltige Zeile. — Schluß der Anzeigenannahme und der Redaktion Montag abend. — Verantwortlicher Redakteur: Ferdinand Dahms.
— Verlag: Deutscher Tabakarbeiter-Verband, Karl Reichmann. — Druck: Bremer Buchdruckerei und Verlagsanstalt S. H. Schmalefeldt & Co. — Sämtlich in Bremen

Verbandsvorstand, Redaktion u. Expedition: Bremen, An der Weide 201, Telefon. Amt Roland 6046. — Geld- und Einschreibendungen an Johannes Krohn. — Postfachkonto 5849 beim Postfachamt Hamburg. — Bankkonto: Bankabteilung der Großhandelsbank Deutsche Konsumvereine m. b. H., Hamburg und Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Berlin. — Verbandsvorstand: Karl Reichmann. — Verbandsauschuß: L. Schöne, Hamburg, Besenbinderhof 67, Zimmer 4546.

Was bedeutet uns Genf?

Von hier aus geht eine neue Epoche der Weltgeschichte aus, und ihr könnt sagen, ihr seid dabei gewesen.

Goethe

Soll man berechtigt sein, diese Worte Goethes, die sich auf die harmlose Schießerei in Valmy bezogen, auf die Vorgänge in Genf anzuwenden? Wir glauben eine gewisse Berechtigung dazu zu haben. Denn der 10. September 1926 ist tatsächlich ein Tag der Geschichte, der Abschluß einer Epoche, die voll Haß, voll Intrige, Wut, Not und Tränen war. Niemand hätte einen so raschen Wechsel für möglich gehalten, wenn man sich jene Situationen ins Gedächtnis zurückeruft, wo die deutschen Unterhändler in Spaa und London die Siegerdikate in Empfang zu nehmen hatten. Das in Locarno begonnene Werk der Völkerveröhnung ist nunmehr zu einem vorläufigen Ende weiter geführt worden.

Es ist natürlich nur Zufall, daß dieses historische Ereignis von nicht geringer Tragweite in demselben Monat über die Bühne der Weltgeschichte geht, wo die Gewerkschaftsinternationale ihr 25jähriges Jubiläum feiert. Doch wenn es auch nur Zufall ist, so ist es dennoch als ein bedeutungsvolles Symptom zu betrachten, daß ähnlich wie im Gewerkschaftsleben auch die Völker aller Länder sich zusammenschließen. Die internationale Gewerkschaftsarbeit der Zukunft erhält dadurch ein günstiges Relief, einen Nährboden, auf dem sie besser gedeihen kann und ihr neue Aufgaben zuwachsen. Von dieser Warte betrachten wir die Ereignisse in Genf.

Es hat einen harten Kampf gekostet, ehe die großen Schutthaufen aus dem Wege geräumt waren, die Deutschland den Weg zum Völkerbund versperrten. Ein Bestkordon lag um den Völkerbund, es gab bei den Siegerstaaten Leute, die diesen als ein Instrument der Entente ausbauen und erhalten wollten. Nun ist Deutschland vollberechtigtes Mitglied und als Großmacht Inhaber eines ständigen Ratsitzes. Welch eine Wendung nach so dunklen Jahren des Völkerhasses und der Zwietracht! Gewiß hatten wir auch schon in der Vorkriegszeit im Haager Schiedsgerichtshof Ansätze zur internationalen Verständigung. Gewiß bestanden bei Kriegsausbruch eine ganze Reihe internationaler Verträge, die jeder Staat feierlich zu halten versprochen hatte und dennoch war das große Unglück nicht zu verhüten, man setzte sich kaltblütig über alle Abmachungen hinweg. Gibt der Völkerbund keine bessere Gewähr für den zukünftigen Völkerfrieden? Wir glauben dies ohne weiteres bejahen zu können. Der Völkerbund kann ein vorzügliches Instrument sein, der Welt den Frieden zu erhalten und zu festigen. Nur muß er vom sozialen Geiste getragen, von den Volksmassen der Welt gestützt werden.

Die deutsche Delegation wurde bei ihrem Eintritt in das Tagungsort mit Jubel empfangen. Es war in der Tat ein feierlicher Moment, als Stresemann vor mehr als 50 Nationen seine Antrittsrede im Völkerbunde hielt. Die Worte Stresemanns können vielfach auch von uns unterschrieben werden. Nur einige Sätze wollen wir herausgreifen, um zu zeigen, daß der ehemalige Syndikus von Unternehmerverbänden und Führer einer national ziemlich rechts eingestellten Partei sich zu einem Pazifisten gemauert hat und im Ränkespiel der internationalen Diplomatie Realitäten wohl einzuschätzen weiß.

Es ist von geschichtlicher Bedeutung, daß Deutschland und die Staaten, die im letzten Weltkrieg gegen Deutschland verbündet waren, sich jetzt im Völkerbunde zu friedlicher Arbeit zusammenschließen. Diese Tatsache zeigt, deutlicher als Worte und Programme es können, daß der Völkerbund berufen sein kann, dem politischen Entwicklungsgang der Menschheit eine neue Richtung zu geben. Gerade in der gegenwärtigen Epoche würde die Kultur der Menschheit auf das Schwerste bedroht sein, wenn es nicht gelänge, den einzelnen Völkern die Ge-

währ zu verschaffen, im ungestörten friedlichen Wettbewerb die ihnen vom Schicksal zugewiesenen Aufgaben zu erfüllen. Die grundstürzenden Ereignisse eines furchtbaren Krieges haben die Menschheit zur Besinnung über die den Völkern zugewiesenen Aufgaben gebracht. Möge die Arbeit des Völkerbundes sich auf der Grundlage der großen Begriffe: Freiheit, Friede und Einigkeit, vollziehen, dann werden wir den von uns allen erstrebten Zielen näherkommen. Daran freudig mitzuarbeiten, ist Deutschlands fester Wille.

Nicht alles vollzieht sich selbstverständlich so glatt, wie auf Massenwirkung eingestellte Eröffnungsreden. Aber das deutsche Volk wird dem deutschen Außenminister doch in vielem zustimmen können, was er sagte. Für Deutschland handelt es sich um die Wahrnehmung wichtiger Interessen, um Ausgleichung und Beseitigung von Maßnahmen, die im Haßrausch geboren und in den Friedensverträgen von Versailles und anderswo niedergelegt wurden. Vor allem braucht die deutsche Wirtschaft Luft, worauf wir noch weiter zu sprechen kommen werden.

Einen andern Grundton als die Rede Stresemanns hatte die Rede Briands. Ein temperamentvoller Franzose, der aus den Tiefen einer Hasenkneipe emporgestiegen, die erläuternde Laufbahn eines scharf links eingestellten sozialistischen Agitators durchschritten hat und zu einem Staatsmann von großem Format geworden ist, sprach Worte von historischer Bedeutung. Kein Sozialist hätte sie besser formulieren können. Halten wir einige fest:

Der Krieg zwischen uns ist zu Ende. Kein Krieg, keine brutalen Gewaltlösungen mehr, um die Streitfragen zu lösen, die gewiß noch nicht verschwunden sind. Weg mit den Flinten, Maschinengewehren und Kanonen! Raum für Verständigung, für die Schlichtung, für den Frieden! Ich schwöre Ihnen, daß Sie in mir stets einen loyalen Mitarbeiter finden werden. . . .

So sprach der Außenminister Poincarés, der sicher in seinem Lande allerhand Schwierigkeiten überwinden mußte, um sich durchzusetzen und wahrscheinlich noch zu überwinden haben wird.

Gewiß verläuft die rauhe Wirklichkeit nicht so programmäßig wie wohltemperierte im Festrausch der Begeisterung gehaltene Reden. Dennoch wurde ein Anfang gemacht und vielleicht kommt die Zeit, wo Erklärungen und Abmachungen nicht wie ein wertloser Blunder beiseite geschoben werden. Die europäische Menschheit bedarf dringend der Einigkeit und des gegenseitigen Vertrauens. Wie im täglichen Leben gelten auch im Zusammenleben der europäischen Völker die Worte von Schiller:

Der Mensch bedarf des Menschen sehr
zu seinem großen Ziele;
nur in dem Ganzen wirket er,
viel Tropfen geben erst das Meer,
viel Wasser treibt die Mühle.

Hauptsächlich die europäische Wirtschaft vermag nur in dem Ganzen zu wirken. Die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen der europäischen Völker werden immer mehr in den Bereich des Völkerbundes gelangen. Die internationalen Wirtschaftskonferenzen, von denen die erste im Herbst stattfinden soll, können nur im Rahmen des Völkerbundes gedeihliche Arbeit verrichten. Wirtschaftliche Fragen werden in Zukunft den hauptsächlichsten Inhalt der Völkerbundspolitik bilden. In all diesen Fragen fällt Deutschland eine besondere Rolle zu. Deutschland ist nicht nur der größte Industriestaat des Kontinents, sondern es liegt auch eingekesselt inmitten dieses Erdteils, eingepfercht von hohen Schutzollmauern, die den Export hemmen. Es gilt die durch die einseitigen Verträge von Versailles usw. aufgetürmten Hindernisse für Deutschlands Handel, Wirtschaft und Verkehr aus dem Wege zu räumen. Dies alles kann im Völkerbunde geschehen oder gefördert werden. Eine zähe

Arbeit, getragen von dem Geist des Verständnisses und des guten Willens ist notwendig, um all dies zu vollbringen.

An der Völkerverständigung in diesem Sinne werden namentlich unsere Gewerkschaftskollegen in der internationalen Wirtschaftskonferenz und anderswo mitzuarbeiten berufen sein. Die Welt der Arbeit braucht zu ihrer Entfaltung, zur Erringung eines hohen Lebensstandards und zur Sicherung der Lebensbedingungen internationale Verständigung. Der Internationale Gewerkschaftsbund wird in diesem Sinne zu wirken bestrebt sein. Weg mit den Hinten, Kanonen und Maschinengewehren rufen wir mit Irland und her mit der internationalen Verständigung auf breiter Basis! Das arbeitende Volk Deutschlands wünscht die Mitarbeit im Völkerbunde. Und es wünscht, daß die Arbeiter aller Länder an dieser Organisation der Völker mitzuarbeiten berufen sein sollen. Der 10. September 1926 kann zum Ausgangspunkt einer neuen Epoche der Geschichte der Menschheit werden. Die Möglichkeit eines einigen Europas, einer einigen Welt ist gegeben, deshalb rufen die europäischen Arbeiter den herrschenden Gewalten die Worte zu: *Hic Rhodus, hic saltus!*

Fragen und Antworten

Die Reden, die in Dresden von hervorragenden Vertretern des deutschen Unternehmertums gehalten worden sind, haben den „Vorwärts“ veranlaßt, dem Vorsitzenden des UDB, Genossen Theodor Leipart, eine Reihe von Fragen vorzulegen. Leipart hat in seinen Antworten die programmatischen Erklärungen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie einer Prüfung unterzogen und die Stellungnahme der Gewerkschaften zu den auf der Dresdener Tagung aufgeworfenen Fragen präzisiert. Wir halten die Ausführungen des Genossen Leipart für so wichtig, daß wir sie ungekürzt zum Abdruck bringen.

Frage: Wie beurteilen Sie grundsätzlich die Haltung der Arbeitgeber? Glauben Sie insbesondere, daß ihr Bekenntnis zur Republik und die Anerkennung der Arbeiterrechte im Staate nur ein taktischer Schachzug oder Ausdruck einer inneren Überzeugung ist?

Antwort: Nach meiner Kenntnis der führenden Personen im Reichsverband der Deutschen Industrie glaube ich nicht, daß ihr Bekenntnis zur Republik nur ein taktischer Schachzug ist. Herr Silverberg hat in seiner Rede mehrfach betont, daß sich bei den Unternehmern eine „Wandlung der Geister“ vollzogen habe und daß sie die feste Einstellung zum jetzigen Staat „nach schweren inneren Kämpfen“ gewonnen hätten. Ob diese Wandlung schon endgültig abgeschlossen ist, weiß ich freilich nicht. Aber ich glaube doch, daß die Erklärungen, die Herr Silverberg im Auftrage des Gesamtvorstandes der Industriellen in Dresden abgegeben hat, der Ausdruck einer inneren Überzeugung sind. Daß diese Überzeugung von der Einsicht in die vorhandenen Machtverhältnisse eingeleitet ist, scheint mir allerdings nicht zweifelhaft. Der Einfluß der Arbeiterchaft in Staat und Wirtschaft ist zu stark geworden, als daß die Unternehmer ihn noch leugnen oder gar wieder beseitigen könnten. Ebenso ist die deutsche Republik schon so gefestigt, daß man wirklich auch von den Unternehmern ihre Anerkennung endlich erwarten dürfte. Silverberg hat aber, was nicht übersehen werden darf, durch seinen Hinweis auf die jetzigen Bestimmungen der Reichsverfassung, die ihre „Aenderung in manchen gewollt oder ungewollt unklaren Punkten vorsehen“, einen Vorbehalt gemacht. Was damit gemeint ist, machte Silverberg durch seinen nächsten Satz etwas deutlicher, in dem er von denjenigen Verteidigern der Republik sprach, „die in der Verfassung heute noch vornehmlich ein Instrument wirtschaftsrevolutionärer Ziele sehen“. Also Aenderung der Verfassung, und zwar vielleicht auch des Artikels 165, der die gleichberechtigte Mitwirkung der Arbeiter in der Organisation der Wirtschaft verspricht? Erblickt das Unternehmertum in dieser Mitwirkung der Arbeiterchaft und in dem Verlangen der Gewerkschaften nach paritätischer Umgestaltung der öffentlich-rechtlichen Berufskammern diese wirtschaftsrevolutionären Ziele? Eine klare Antwort hierauf wäre für die Gewerkschaften von größter Bedeutung. Denn ich finde es sehr auffällig, daß keiner der Redner in Dresden auf die Frage der Mitbestimmung der Arbeiter in der Wirtschaft auch nur mit einem Worte eingegangen ist. Auf der vorjährigen Tagung des Reichsverbandes in Köln hatte Geheimrat Kastl den Gewerkschaften den Vorwurf gemacht, daß sie „sich nicht organisch eingliedern in die volkswirtschaftlichen Gesamtziele“, sondern sich „erschöpfen in Bestrebungen zur Erhöhung der Einkommen und zur Verminderung der Arbeitszeit“. Von den Unternehmern aber sagte er, daß sie „heute weit mehr Organe der Gesellschaft“ seien, ihre Führer mühten „gesellschaftlichen Blick“ haben, wenn sie nicht an der Verfolgung reiner Eigeninteressen scheitern wollten. Ähnlich wie Herr Kastl in Köln hatte schon die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände in dem Geschäftsbericht für das Jahr 1924 den Gewerkschaften vorgeworfen, daß sie die nach der Währungsstabilisierung notwendig gewordene „Umstellung auf die Probleme der Produktion“ nicht vollzogen hätten und daß sie deswegen aus dem organischen Zusammenhange des Volkslebens und der Wirtschaft herausgefallen seien. Die Gewerkschaften haben diese Vorhaltungen natürlich als völlig unbegründet zurückweisen müssen. Denn sie haben oft genug bewiesen, daß sie mit beiden Füßen in der Wirtschaft stehen. Wir haben uns im letzten Herbst auf dem Gewerkschafts-Kongress in

Breslau sehr eingehend mit den Fragen der Wirtschaft befaßt und mit aller Bestimmtheit die Wirtschaftsdemokratie gefordert. Die Gewerkschaften verlangen also, in die Volkswirtschaft organisch eingegliedert zu werden, und in der gesamten Gewerkschaftsbewegung wird diese Forderung seit langen Monaten eifrig erörtert. Der Reichsverband der Industrie hat hiervon auf seiner Tagung keinerlei Notiz genommen. Die Unternehmer sollen aber nicht glauben, daß diese einmütige Forderung der Gewerkschaften aller Richtungen etwa durch Totschweigen abgetan werden könnte.

Frage: Stimmt die Haltung der Unternehmer überein mit ihrer Stellung zu den sozial- und lohnpolitischen Forderungen der Arbeiter? Ist die Annahme berechtigt, daß die Auffassung des Generaldirektors Silverberg sich mit der Anschauung und Politik der deutschen Arbeitgeberverbände und ihres Vorsitzenden Herrn v. Borjig deckt?

Antwort: Ueber die sozial- und lohnpolitischen Forderungen der Gewerkschaften hat Herr Silverberg sich in Dresden überhaupt nicht geäußert. Dagegen hat Herr Kastl in seiner Rede die Frage des Lohnes und der Arbeitszeit behandelt, und zwar in der gleichen Art, wie wir es von der Vereinigung und ihrem Vorsitzenden Herrn v. Borjig auch gewöhnt sind. Nicht durch Lohnerhöhungen, sondern nur durch erhöhte Leistungen und hierdurch ermöglichte Verbilligung der Arbeitsprodukte könne eine Stärkung erzielt werden. „Wir wollen durch eine Erhöhung der Leistungen auf der Grundlage der Wertgemeinschaft zu höheren Reallohnen gelangen, und wir lehnen die schematische Anwendung des Tariffsystems ab, weil usw.“

Schon auf der vorjährigen Tagung des Reichsverbandes hatte Herr Kastl sich gegen die angebliche schematische Anwendung des Tariffsystems gewendet, womit er die „Gleichförmigkeit und Nivellierung der Löhne“ treffen wollte. Er verlangte die Abstufung der Löhne nach der Leistung des einzelnen, gestand aber im vorigen Jahre zu, daß es innerhalb dieser Begrenzung nützlich sei, wenn hohe Reallohne gezahlt würden und „damit die Kaufkraft aller Volksschichten gehoben“ werde. Ich finde also, daß Herr Kastl sich voriges Jahr in Köln entgegenkommender geäußert hat als jetzt in Dresden. Seine jetzige Empfehlung der Wertgemeinschaft können wir doch auch nicht etwa als ein Entgegenkommen an die Gewerkschaften auffassen, da jeder Mann weiß, daß der Gedanke der Wertgemeinschaft direkt im Gegensatz zu den Gewerkschaften steht. Einen Fortschritt erblicke ich dagegen in der diesjährigen Stellungnahme des Reichsverbandes zum Achtstundentag. Noch in seiner bekannten Denkschrift vom Dezember 1925 hatte der Reichsverband die Forderung aufgestellt, daß die Gesetzgebung „sich jedes schematischen Eingriffs zu enthalten“ habe, daß die „betriebliche Regelung“ im Einzelnehmen mit der Belegschaft nicht durch Tarifzwang gehemmt werden dürfe und daß eine „internationale Schematisierung“ der Arbeitszeit, wie sie durch das Washingtoner Abkommen erstrebt werde, für die deutsche Wirtschaft „selbstverständlich nicht in Betracht kommen kann“. Diesen Standpunkt hat auch die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände bisher stets vertreten. Demgegenüber beschränkt sich die neue Entschliekung, die der Reichsverband jetzt auf seiner Dresdener Tagung gefaßt hat, auf eine Warnung „vor verfrühten Bindungen auf dem Gebiete der Arbeitszeit“. Es wird also nicht mehr die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens überhaupt abgelehnt, sondern nur vor einer „vorzeitigen Verabschiedung“ des geplanten Arbeitsschutzgesetzes gewarnt. Dementsprechend gebrauchte Geheimrat Kastl in seiner Dresdener Rede auch die Wendung: „Die Anwendung des Achtstundentages darf nicht schematisch sein und muß sich dem Grundlag der Bemessung des Lohnes nach der Leistung anpassen.“ Herr Kastl rechnet also schon mit dem Achtstundentag und gebraucht nur noch einmal das alte und oft genug widerlegte Schlagwort von der schematischen Anwendung. Aber er fügte dann unmittelbar noch hinzu: „Die betriebliche Regelung der Arbeitszeit im Einzelnehmen mit der Belegschaft darf durch öffentlichen Zwang weder unterbunden noch gehemmt werden.“ Dieser Satz scheint mir entscheidend zu sein. Er hebt die in der Entschliekung ausgesprochene Zustimmung zu der in einer späteren Zeit erfolgenden Ratifizierung des Washingtoner Abkommens wieder völlig auf. Denn wenn mit der Verabschiedung des Arbeitsschutzgesetzes der gesetzliche Achtstundentag wieder eingeführt ist, bleibt für eine betriebliche Regelung der Arbeitszeit im Sinne des Herrn Kastl selbstverständlich kein Raum mehr.

Frage: Liegen Anzeichen dafür vor, daß die Unternehmer bei Arbeitsstreitigkeiten aus der kundgegebenen Sinnesänderung praktische Konsequenzen ziehen? In welchen Punkten ist eine Annäherung der Unternehmer an den gewerkschaftlichen Standpunkt festzustellen?

Antwort: Aus der neueren Zeit vermag ich solche Anzeichen nicht anzuführen. In der Lohnfrage wird der an sich natürliche Gegensatz zwischen Unternehmervereinigungen und Gewerkschaften auch wohl immer bestehen bleiben. Ebenso scheinen die Unternehmer ihre Stellung zur allgemeinen Sozialpolitik vorläufig nicht ändern zu wollen, wie die Dresdener Tagung weiter gezeigt hat.

Herr Silverberg hat große Klagen darüber geführt, daß Deutschland zu einem „Fürsorgestaat“ zu werden drohe. Auch Herr Kastl meinte, der Staat dürfe nicht immer mehr zu einer reinen „Fürsorgungsanstalt“ werden. Selbst Herr Duisberg erhob den Vorwurf, daß durch die Häufung der sozialpolitischen Gesetze „die schon weit geschwächte Selbständigkeit und Selbstverantwortlichkeit des einzelnen immer mehr untergraben“ werde.

Die Unternehmer vertreten also die Ansicht, daß die soziale Fürsorge einen moralisch wie volkswirtschaftlich gleich bedenklichen Einfluß auf Arbeitseifer, Sparsinn und rationelle Lebensweise der breiten Massen ausübe. Natürlich ist diese Ansicht falsch. Es ist bezeichnend, daß irgendwelche Beweisgründe für die aufgestellte Behauptung von keinem Redner in Dresden vorgebracht worden sind. In den sozial-

politischen Auffassungen bestehen also die Gegensätze ungeschwächt fort. Ebenso natürlich auch in den grundsätzlichen Wirtschaftsfragen, auf die ich bereits hingewiesen habe.

Frage: Wird an die Wiederaufrichtung der Zentralarbeitsgemeinschaft gedacht?

Antwort: Für die Gewerkschaften muß ich diese Frage verneinen. Ich glaube aber auch nicht, daß dieser Gedanke bei den Unternehmern vorhanden ist.

Frage: Glauben die Gewerkschaften an die Möglichkeit, daß bei Zusammenarbeit in einer großen Koalition die sozialen, steuerlichen und wirtschaftlichen Ansprüche der Arbeiterschaft mit größerer Aussicht auf Erfolg sichergestellt werden, oder nicht? Liegt die Wahrung der Arbeiterinteressen besser in den Händen einer Opposition?

Antwort: Ich verrate kein Geheimnis mehr, wenn ich auf diese Frage offen erkläre, daß die verantwortlichen Führer der Gewerkschaften in ihrer übergroßen Mehrheit für die praktische Mitarbeit in der Regierung sind. Wir haben die Überzeugung, daß es möglich ist, die berechtigten Ansprüche der Arbeiterschaft durch Beteiligung an der Regierung und direkte Einflußnahme auf die Regierungsmassnahmen erfolgreicher wahrzunehmen als durch Beharrung in der Opposition. Die Entscheidung über diese Frage hat jedoch die Sozialdemokratische Partei zu treffen.

Frage: Kann es für die Arbeiterschaft eine Unterwerfung unter die Führung des Unternehmertums geben, wie sie Silverberg gefordert hat?

Antwort: Davon kann natürlich keine Rede sein. Ich halte die Wendung in der Rede Silverbergs auch für durchaus unlogisch. Denn wenn er, wie er es mit so großer Entschiedenheit ausgedrückt hat, die politische Mitarbeit und Mitverantwortung der Sozialdemokratischen Partei anstrebt, kann er unmöglich im Ernst gemeint haben, daß wir uns der Führung des Unternehmertums unterstellen sollen. Denn von einer Mitverantwortung könnte ja in diesem Falle nicht gesprochen werden.

Frage: Wie stellen sich die Gewerkschaften zu dem geforderten Verzicht auf den Klassenkampf, auf gemeinwirtschaftliche Bestrebungen und auf sozialpolitischen Fortschritt?

Antwort: Wir lehnen natürlich jeden solchen Verzicht ab. Der gegenseitige Kampf der Klassen ist eine ganz natürliche Erscheinung in der kapitalistischen Gesellschaftsorganisation und wird von den Unternehmern ebenso wie von den Arbeitern geführt. Er hat für uns natürlich mit Klassenhaß nichts zu tun. — Was die gemeinwirtschaftlichen Bestrebungen anbelangt, so finde ich, daß ihr Fortschritt auf zahlreichen Gebieten unverkennbar ist, und ich glaube nicht, daß dieser Fortschritt aufgehalten werden kann. Die Gewerkschaften werden nicht nachlassen, die Entwicklung zur Gemeinwirtschaft mit allen Kräften zu fördern. — Ueber die Notwendigkeit weiteren sozialpolitischen Fortschritts besteht in den Gewerkschaften keinerlei Meinungsverschiedenheit. Sie werden auch nicht davon ablassen, mit der weiteren Erstarkung ihrer Kräfte die Sozialpolitik weiter vorwärts zu treiben.

Lohn- und Tarifbewegungen

Aus der Zigarettenindustrie

Neue Verhandlungen über die Abänderungsanträge zum Hauptvertrag

Die am 27. August abgebrochenen Verhandlungen über die Abänderungsanträge zum Hauptvertrag sollen am 28. September in Dresden wieder aufgenommen werden. Das Ergebnis dieser Verhandlung werden wir dann bekanntgeben.

Differenzen in München

Die Münchener Zigarettenfabrikanten können sich mit der neuen Zeit, in der die Arbeiter auch etwas mitzureden haben, nicht abfinden. Sie glauben immer noch, jene Zustände wieder herbeiführen zu können, wo sie allein schalten und walten konnten, wie es ihnen beliebt. Allen voran natürlich die Firma Zuban. Sie weigerte sich, einen neuen Lohn tarif abzuschließen, obgleich § 4 des Hauptvertrages ausdrücklich vorsieht, daß in den einzelnen Orten bzw. Bezirken Lohn tarife zu vereinbaren sind. Es blieb deshalb nichts anderes übrig, als den Schlichtungsausschuß anzurufen, der der Firma Zuban dann verständlich machte, daß tarifliche Bestimmungen auch von ihr befolgt werden müssen. Nachdem diese Aktion mißlungen war, folgte eine neue. Am 14. September wurden sämtliche Arbeiterinnen und Arbeiter zum 1. Oktober gekündigt, einzig und allein zu dem Zweck, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern und 200 von den rund 1200 Beschäftigten loszuwerden. Mit Ausnahme derjenigen, die überhaupt nicht wieder angenommen werden sollen, ist nämlich den Bekündigten anheimgestellt worden, sich am 4. Oktober zur Wiederaufnahme der Arbeit unter Anerkennung „unserer Arbeitsordnung“ zu melden.

Es versteht sich von selbst, daß von unserem Verband alles geschehen wird, um den von der Firma Zuban geführten Schlag zu parieren. Aber auch die Zigarettenraucher aus Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenkreisen werden sich zu überlegen haben, ob sie fernerhin noch eine Firma unterstützen wollen, die mit der Arbeiterschaft so umspringt, wie die Firma Zuban in München es tut.

Aus der Rauch- und Schnupftabakindustrie

Weiterlauf der Geltungsdauer des Reichstarifvertrages

In der am 30. November 1924 in Berlin getroffenen Vereinbarung wurde die Geltungsdauer des Reichstarifvertrages vom 3. Dezember 1923 bis zum 31. Oktober 1925 verlängert und dabei bestimmt, daß er jeweils ein Jahr weiter läuft, wenn er nicht vordem mit sechswöchiger Frist aufgekündigt worden ist.

Ebenso wie im vorigen Jahre haben auch in diesem Jahre die beiden Tarifparteien davon Abstand genommen, von dem Kündigungsrecht Gebrauch zu machen. Die Geltungsdauer des Reichstarifvertrages verlängert sich demnach bis zum 31. Oktober 1927. Hinzufügen möchten wir noch, daß die am 26. September vorigen Jahres getroffene Lohnvereinbarung, unter Einhaltung einer 14tägigen Kündigungsfrist, zum 15. und letzten eines jeden Monats kündbar ist.

Tabakarbeiterbewegung

Die Zigarrenarbeiter in Havanna gegen die Einführung von Zigarrenmaschinen

Nach einer Meldung des Wolffschen Telegraphen-Bureaus vom 14. September hat der Versuch, in Havanna Zigarrenfabrikationsmaschinen einzuführen, die besonders für den Massenkonsum bestimmt sind, eine Protestaktion der Zigarrenarbeiter hervorgerufen. Die Folge soll gewesen sein, daß die Maschinen wieder nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika zurückgeschickt werden mußten.

Im Augenblick können wir nicht nachprüfen, ob diese Mitteilung den Tatsachen entspricht oder ob ein phantasiebegabter Berichtersteller aus einer Mücke einen Elefanten gemacht hat. Auf die Dauer wird jedenfalls dieser Art des Kampfes gegen die Einführung von Maschinen kein Erfolg beschieden sein. Anstatt sich gegen den technischen Fortschritt zu wehren — der letzten Endes doch nicht aufzuhalten ist —, würden wir es für viel richtiger halten, die gewerkschaftlichen Organisationen zu stärken und auszubauen, damit die an den Maschinen beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter menschenwürdige Lohn- und Arbeitsbedingungen erhalten und die Maschine selbst aus einem Fluch zu einem Segen der Arbeiterschaft wird.

Tabakgewerbliches

Tabaksteuereinnahmen im August

Die Tabaksteuereinnahmen im Monat August betragen insgesamt 52 800 232,94 RM. Davon kamen aus der Banderolsteuer 39 116 166,88 RM., aus der Materialsteuer einschließlich der Ausgleichsteuer 7 787 047,43 RM., aus der Tabakersatzstoffabgabe 377,20 RM. und aus der Nachsteuer 5 896 641,43 RM. Gegenüber dem Vormonat mit insgesamt 49 393 429,85 RM. Tabaksteuereinnahmen ist also ein Mehr von annähernd 3½ Millionen RM. zu verzeichnen.

Die Tabakfabriken der GEG. im Jahre 1925

Vor uns liegt der zweite Band des Jahrbuches des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, in dem auch über den Umsatz und die Zahl der Beschäftigten der Tabakfabriken der GEG. berichtet wird. Danach wurden am Ende des Jahres 1925 in den drei Zigarrenfabriken (Hamburg, Hockenheim und Frankenberg) 537, in den beiden Rauchtobakfabriken (Hamburg und Burgsteinfurt) 53, in der Rauchtobakfabrik (Nordhausen) 45 und in der Zigarettenfabrik (Stuttgart) 59 Personen beschäftigt. Die Zahl der in sämtlichen Fabriken beschäftigten Personen betrug demnach 694. Umgesetzt wurden 23 319 Tille Zigarren im Werte von 1 911 702 RM., 797 659 Pfund Rauchtobak im Werte von 1 195 040 RM., 120 434 Pfund Rauchtobak im Werte von 471 129 RM. und 51 078 Tille Zigaretten im Werte von 1 273 406 RM. Der Gesamtumsatz aller sieben Fabriken betifferte sich demnach im Jahre 1925 auf 4 851 277 RM. Rechnet man dazu noch den Handelsumsatz für Rauchtobak und Schnupftabak in Höhe von 208 723 RM., so ergibt sich ein Gesamtumsatz von 5 058 000 RM.

Es tut einem in der Seele weh, wenn man ein Ergebnis zur Kenntnis nehmen muß, das so unbefriedigend ist wie das vorliegende. Gewiß war das Jahr 1925 für die Herstellung und den Verkauf von Tabakerzeugnissen kein günstiges. Erhöhungen des Tabakzolles und der Tabaksteuer sowie die allgemeine Wirtschaftskrise übten ihre verderbenbringenden Wirkungen aus. Aber das ist keine ausreichende Erklärung für den schlechten Stand der Tabakfabriken der GEG. im allgemeinen, denn gegenüber dem Jahre 1924 ist noch ein Mehrumsatz von 410 469 Reichsmark zu verzeichnen. Es müssen also andere Ursachen für den ungenügenden Absatz der Tabakfabrikate der GEG.

vorhanden sein, der noch deutlicher in die Erscheinung tritt, wenn man sich die Vorkriegsumsätze vor Augen führt. So wurden im Jahre 1913 nicht weniger als 49 923 Mille Zigarren umgesetzt gegenüber 23 319 Mille im Jahre 1925. Von Raubtabak, der doch fast ausschließlich von Arbeitern verkonsumiert wird, wurden 1294,65 Zentner schon im Jahre 1911 umgesetzt, während im Jahre 1925 erst ein Umsatz von 1204,34 Zentnern zu verzeichnen ist.

Worauf ist nun die für jeden Gewerkschafter und Genossenschaftler so betrübende Erscheinung zurückzuführen? Die erhöhten Zölle und Steuern, sowie die Wirtschaftskrise können — wie schon ausgeführt wurde — allein nicht dafür verantwortlich gemacht werden. Auch die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den GGG-Betrieben sind nicht so, daß sie irgendwie im Konkurrenzkampf mit der Privatindustrie von ausschlaggebender Bedeutung sein könnten. Da ferner nicht angenommen werden kann, daß die Konsumvereinsleitungen die Privatbetriebe bevorzugen würden, wenn von der GGG. qualitativ und quantitativ gleichwertige Waren zu gleichen Preisen zu beziehen wären, so bleiben für den ungenügenden Absatz nur Gründe übrig, die mit der Herstellung, dem Verkauf, oder der Güte der GGG-Fabrikate zusammenhängen müssen.

Zu unseren Obliegenheiten gehört es nicht, der Leitung der GGG. gute Ratschläge zu erteilen. Aber Schaden könnte es wirklich nicht, wenn die verantwortlichen Personen einmal auf die Suche gingen, um die Ursachen zu erforschen, auf die der ungenügende Absatz der Tabakfabrikate zurückzuführen ist. Dabei dürfte selbstverständlich vor keiner Stelle haltgemacht werden. Würden sie die dann gefundenen Mängel und Fehler ohne Rücksicht auf alte Ueberlieferungen beseitigen, so hätten sie der Genossenschaftsbewegung einen großen Dienst erwiesen. Sie würden sich damit aber auch den Dank der Tabakarbeiter erwerben, die die meisten Tabakfabriken der GGG. unter schweren Opfern ins Leben gerufen haben und die ihr Pionierwerk nicht besser belohnt sehen könnten, als wenn die Tabakfabrikate der GGG. den Absatz hätten, den sie nach der Größe und der Bedeutung der Genossenschafts- und Gewerkschaftsbewegung in Deutschland haben müßten.

Verbandsteil

Am 25. September ist der 39. Wochenbeitrag fällig

Statistikarten und Fragebogen

Mit dieser Nummer der Verbandszeitung ist jeder Zahlstelle, die keine Fragebogen erhalten hat, eine Statistikarte zugewandt. Statistikarten und Fragebogen müssen vollständig und richtig ausgefüllt dem Verbandsvorstand in Bremen spätestens bis zum 7. Oktober zugesandt werden, und zwar auch dann, wenn keine arbeitslosen oder kurzarbeitenden Mitglieder in der Zahlstelle sind. Als Zähltag ist der 25. September zu nehmen. Zahlstellenverwaltungen, denen keine Fragebogen zugesandt worden sind und die keine Statistikarte erhalten haben sollten, müssen die erforderlichen Angaben auf einer gewöhnlichen Postkarte übermitteln.

Die Quartalsabrechnung ist fällig

Wir möchten diese Nummer des „Tabak-Arbeiter“ nicht hinausgehen lassen, ohne die Bevollmächtigten und Revisoren darauf hingewiesen zu haben, daß die Quartalsabrechnung in den nächsten Tagen fällig ist. In allen Zahlstellen muß nun sofort an die Aufstellung der Abrechnung gegangen werden, damit sie nach erfolgter Revision mit den dazu gehörigen Belegen rechtzeitig an den Verbandsvorstand geschickt werden kann. Die Zahlstellenkassierer haben dafür Sorge zu tragen, daß alle überschüssigen Verbandsgelder nach Möglichkeit noch vor Quartalschluß nach Bremen überwiesen werden. Im übrigen sei der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß diesmal eine Veröffentlichung der Restanten im „Tabak-Arbeiter“ nicht notwendig sein wird, weil alle Zahlstellenverwaltungen ihre Quartalsabrechnung rechtzeitig eingeschickt haben.

Einziehung der 1- und 2-Rentenmarkscheine

Die Zahlstellen und Beitragskassierer machen wir darauf aufmerksam, daß die Rentenbankscheine zu 1 und 2 Rentenmark nur noch bis zum 30. September dieses Jahres von den öffentlichen Kassen in Zahlung genommen werden. Seht deshalb eure Kassenbestände durch und schützt euch vor Schaden!

Als verloren gemeldet:

Mitgliedsbuch ? Peter Mohr, geb. 2. 4. 1892 in Weitersburg (Hbl.), eingetr. am 18. 8. 1919. (S. 226/54. 26.)

Mitgliedskarte, Elisabeth Schmidt, geb. 29. 6. 08 in Leipzig-Blagwitz, eingetr. am 5. 3. 1926. (S. 258/59. 26.)

Mitgliedsbuch S. III, 17 99s. Emilie Langer, geb. 21. 12. 1891 in Schwesche, eingetr. am 15. 10. 1919. (S. 259/60. 26.)

Folgende Gelder sind eingegangen:

7. September. Ruppur 65,40.
 8. Baden-Baden 350,—.
 10. Lauffen 200,—. Hohenhausen 100,—. Neumarkt 50,—.
 11. Landsberg 60,—. Brottrode 800,—. Breslau 500,—. Eschwege 300,—. Rudolstadt 100,—. Kirchart 230,—. Hamburg 300,—.
 13. Kl.-Steinheim 20,—. Celle 45,—. Frankenberg 800,—. Regensburg 200,—. Ulm 70,—.
 14. Dresden 1500,—. Köln 250,—. Cammerforst 40,—. Leipzig 700,—. Köln 1000,—. Aachen 100,—. Speyer 150,—. Spenge 150,—. Trebbin 300,—. Löhne-Bahnhof 40,—. Ohlau 100,—. Diersburg 70,—. Rastatt 30,—. Glauchau 10,—.
 15. Münden 800,—. Blotho 300,—. Hannover 70,—. Reznig 200,—.
 16. Bremen 400,—. Minden 200,—. Bruchsal 35,—. Heidelberg 100,—. Schöned 290,—. Seiffhennersdorf 1000,—. Fünsterwalde 150,—.
 Bremen, den 21. September 1926. J. Krohn.

Gesucht werden

Ein bis zwei Zigarrensortierertinnen nach Württemberg. Unter Angabe der bisherigen Tätigkeit nachzufragen bei Talman Groß, Stuttgart-Gaisburg, Hadstraße 138.

ROHTABAK

Preise verzollt per 1/2 kg

	M
Sumatra	
339 3. Lg. Vollblatt feinstes hellgraues Sandblatt	10.50
277 feinstes Deli V 3 reine Farben	5.50
279 2. Lg., Vollbl., riesig deckfähig, reifarbig	5.50
315 2. Lg., Stück, sehr hell und deckfähig	5.50
318 3. Lg., Vollblatt, prima Brand und Qualität	3.50
312 XVI } Diese Decken sind außerordentlich	3.40
313 XV2 } preiswert und sehr zu empfehlen	5.—
314 XV3 } gutbrennend und schmeckend und blattig	2.30
223 2. Lg., Vollbl., prima vorzügl. Verkehrtröller	2.55
261 1. Lg., Stück, hell, prima Sortiertabak	2.75
225 Umblatt mit viel Decke, 3. Lg., Vollblatt	1.80
298 4. Lg., Umblatt feinstes Gewächs	1.70
Vorstenlanden	
477 Sandblatt-Decke, 1. Lg., sehr zart und deckfähig Ia Qual.	3.40
406 2. Lg., prima Qualitäts-Umblatt	1.55
514 Aufarbeiter	1.35
526 2. Lg., Umblatt und Decke	1.85
519 Einlage und Umblatt, 4. Lg., sehr blattig	1.30
523 wundervolle P Sortierung, federleicht	1.35
Java	
500 Umblatt, 3. Lg., feinstes Bezoeki-Gewächs	1.60
534 Spada-Umblatt, 4. Länge, feine Qualität	1.50
520 sehr blattige Bezoeki-Einlage	1.25
434 sehr feinstes Kedoe-Gewächs zum Schneiden	1.20
524 gute Einlage zum Mischen	1.05
531 kerngesunde Einlage	1.10
542 gesunde, flottbrennende Einlage zum Schneiden	0.85
543 Qualitäts-Einlage zum Strippen	0.98
Brasil	
144 feinste Mattas gestreckte Blätter mit Aufleger	1.65
130 lose Blätter prima Qualität zum Schneiden	1.35
Seedleaf	
60 knochentrocken, blattig, kerngesund	0.95
Losgul	
sehr blattige vorzügliche Mischung	1.10
Versand unter Nachnahme gegen Berechnung der Portospesen.	
Verpackung frei. Ab 50 Pfund franko Lieferung nach jeder Bahnstation. Lieferung nur an angemeldete Verarbeiter, Betriebsnummer aufgeben.	

Knoll & Co., Bremen

Postscheck Hannover Nr. 49 548.

Pietzsch & Berndt

Rohtabakhandlung :: Dresden-A, Ostra-Allee 25

Empfehlen sämtliche Gattungen Rohtabake zur Zigarrenfabrikation
 Fordern Sie Preisliste ein!

Billige, böhmische Bettfedern



1 Kilo graue, geschlossene G.-M. 3.—, halbweiße G.-M. 4.— weiße G.-M. 5.—, bessere G.-M. 6.—, 7.—, daunenweiche G.-M. 8.—, 10.—, beste Sorte G.-M. 12.—, 14.—, weiße ungeschlossene Rupffedern G.-M. 7.50, 8.50, beste Sorte G.-M. 10.—. Versand franko, zollfrei gegen Nachnahme. Muster frei. Umtausch und Rücknahme gestattet.

Benedikt Sachsel, Lobes 245 b. Pilsen-Böhmen.

Die Statistik im Dienste der Gewerkschaften

Die Statistik ist eines der wichtigsten Hilfsmittel der Wissenschaft. Durch ihre methodische Anwendung dient sie der Erforschung von Tatsachen, die sonst dem Auge verborgen bleiben würden. Je mehr die gesellschaftlichen Beziehungen der Menschen sich ausdehnten, die Wirtschaftsfäden ineinanderfloßen, die soziale Schichtung der Menschheit unübersichtlicher wurde, um so mehr mußte auch die Statistik zur Ausbildung und Geltung kommen. Erst zahlenmäßige Massenbeobachtungen geben den Menschen einen Ueberblick über die einzelnen Gebiete des gesellschaftlichen Lebens und stellen ihren Zusammenhang mit dem Ganzen dar. Auch in den Gewerkschaften hat die Statistik eine reiche Anwendung gefunden. Aus den einfachsten, primitivsten Ansätzen heraus entwickelten die Arbeiterverbände ihre statistischen Erhebungen in ihren Grundlagen und in ihrer Systematik bis zur höchsten wissenschaftlichen Vollendung.

Die Erfüllung ihrer ureigensten Aufgabe: die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, nötigte die Gewerkschaften schon frühzeitig zur Begründung von Forderungen an die Arbeitgeber, Erhebungen über die Höhe des Lohnes und die Dauer der Arbeitszeit vorzunehmen. Obschon diese Feststellungen anfänglich meist örtlich begrenzt waren, griffen sie doch schon weit über den Mitgliederkreis hinaus, da jede Gewerkschaft bestrebt war, alle Berufsangehörigen in die Erhebung einzubeziehen, um ihr eine möglichst breite Grundlage zu geben. Damit wurden diese Aufnahmen auch ein gutes Werbemittel für die Gewerkschaften, indem die Nichtorganisierten in Berührung mit ihrer Berufsorganisation kamen und durch die Beantwortung der gestellten Fragen zum Nachdenken über ihre Lebenslage gebracht wurden, das sie dann in die Reihen ihrer organisierten Kollegen führte. Den älteren Gewerkschaftern ist wohl auch noch in Erinnerung, daß solche Lohnenerhebung meist als die erste Aktion zu einer kurz darauf folgenden Lohnbewegung angesehen wurde. Bald dehnten die Gewerkschaften ihre Erhebungen auch auf gewerbehygienische und soziale Fragen aus, die weit schwieriger durchzuführen waren als die Feststellungen über Löhne und Arbeitszeit. Vielfach erhielt durch solche Erhebungen die Öffentlichkeit erst Kenntnis von schreienden Mißständen in Betrieben und von der tiefstehenden sozialen Lage weiter Berufsschichten. Die Erweckung des öffentlichen Gewissens durch solche Feststellungen bahnte dann der angestrebten Besserung der Verhältnisse um so leichter den Weg. So haben diese Erhebungen sehr viel zur Beseitigung der schlimmsten Auswüchse kapitalistischer Ausbeutung beigetragen.

Eine allgemeine Bedeutung erlangten die Gewerkschaftsstatistiken erst mit der Schaffung von Zentralverbänden, die die Berufsangehörigen des ganzen Landes in einheitlichen Organisationen zusammenfaßten. Ihre Verbreitung in zahlreichen örtlichen Verwaltungsstellen nötigte die Verbände schon aus verwaltungstechnischen Gründen zum Ausbau der Statistik. Nach dem Zusammenschluß der freigewerkschaftlichen Verbände in die frühere „Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ wurde von dieser im Jahre 1890 der Versuch unternommen, durch eine besondere Umfrage den Stand der Gewerkschaften im Deutschen Reiche zu ermitteln. Diese Erhebung war jedoch nicht die erste ihrer Art. Bereits im Jahre 1877 wurde von Hamburg aus der Versuch gemacht, eine Uebersicht über den damaligen Stand der Gewerkschaftsbewegung zu gewinnen. Diese Statistik wurde in der Nr. 4 des „Pionier“ vom 26. Januar 1878 veröffentlicht. Die Generalkommission hat die Statistik in der Nr. 30 Jahrgang 1893 des „Korrespondenzblattes“ vollständig wiedergegeben und sich damit ein großes Verdienst um die Erhaltung dieses historischen, aus der Zeit vor dem Sozialistengesetz stammenden Dokuments erworben. Wir erfahren aus dieser Statistik, daß 1877 37 Gewerkschaften sozialistischer Richtung bestanden, darunter 26 Zentralvereinigungen, die an etwa 1300 Orten zusammen rund 50 000 Mitglieder hatten. Die Zahl der Mitglieder der Hirsch-Duncker'schen Gewerksvereine wird dagegen auf 25 000 angegeben.

Die Ergebnisse der von der Generalkommission erstmalig aufgenommenen Organisationsstatistik wurden in der Nr. 28 des „Korrespondenzblattes“, Jahrgang 1891, veröffentlicht. Sie wiesen 53 Zentralverbände und 5 Gewerkschaften mit einem Vertrauensmännersystem auf. Die ersteren hatten in 3150 Orten zusammen 227 733 und die letzteren in 712 Orten zusammen 73 467 Mitglieder. Diese Erhebung leitete die vom Jahre 1891 ab aufgenommenen alljährlichen Statistiken über „Die Stärke und Leistungsfähigkeit der deutschen Gewerkschaften“ ein. Mit dem ihm eigenen organisatorischen Blick hatte Carl Legien, der Vorsitzende der früheren Generalkommission, auch die erzieherische Seite der Statistik erkannt. Für ihn war die Statistik nicht allein ein Mittel zur Feststellung von Tatsachen, sondern sie sollte auch dazu beitragen, Mängel der Gewerkschaften aufzudecken und sie zum Ausbau ihrer Einrichtungen und Steigerung ihrer Leistungsfähigkeit zu veranlassen. Dieser Gedankengang Legiens tritt bei seinen späteren Besprechungen der Statistiken immer wieder hervor. So wurden diese den Gewerkschaften auch treue Wegweiser auf dem Wege zur wirtschaftlichen Macht. Heute blicken wir mit Genugtuung auf eine 35jährige Entwicklungszeit der Verbandsstatistik zurück, die uns eine geschichtliche Uebersicht über das Werden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes gibt. Bei dem Blick über diese Zahlenreihen wird sich die jüngere Gewerk-

Die Entwicklung der gewerkschaftlichen Arbeiterinnenbewegung

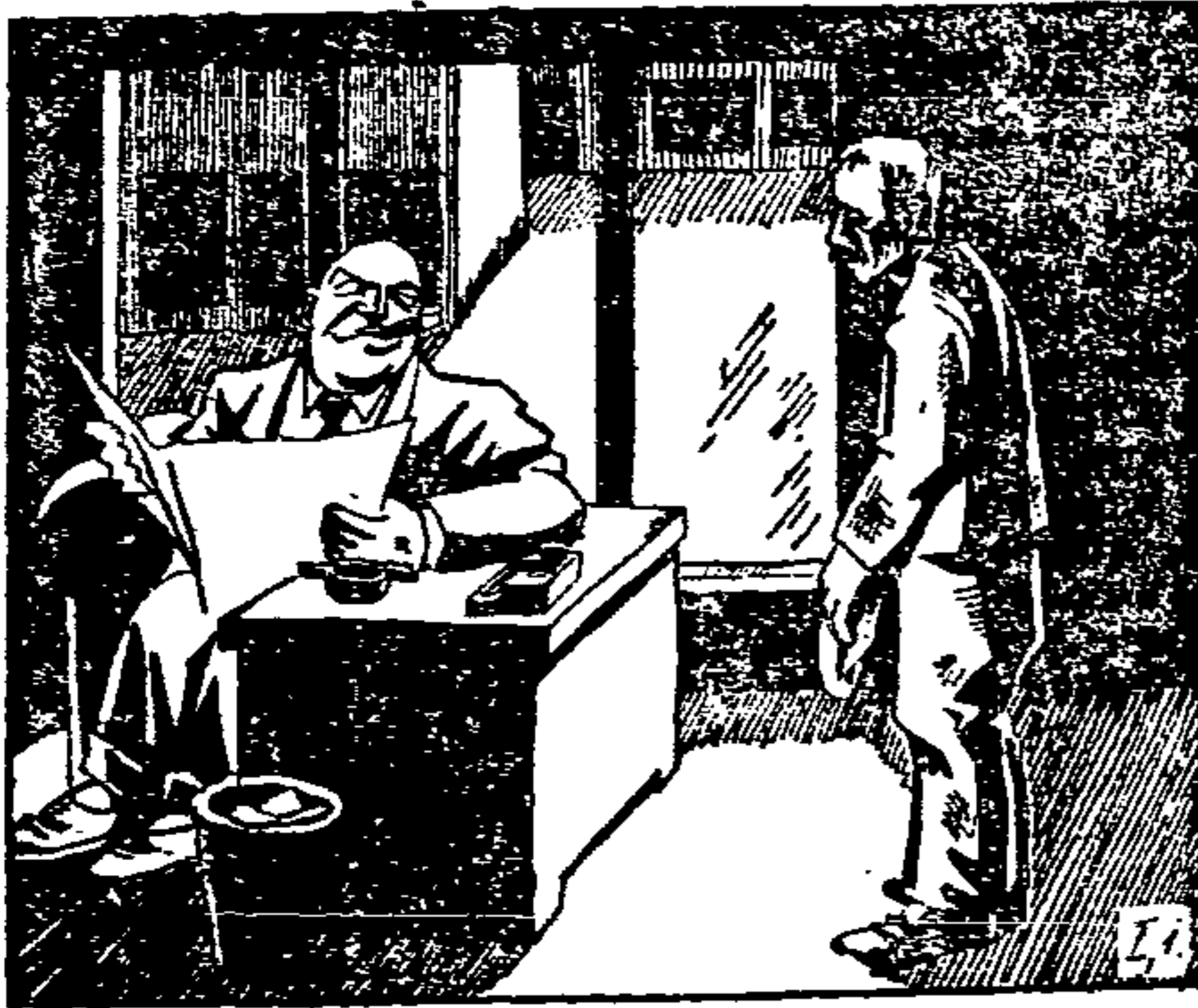
Die Anfänge der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiterinnen lassen sich für Deutschland bis in die sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts zurückverfolgen, also bis in die Zeit der Anfänge gewerkschaftlichen Zusammenschlusses überhaupt. Zwei Jahrzehnte hindurch beschränkte sich die Absicht, auch die weiblichen Arbeitskräfte zu organisieren, auf tastende Versuche, die nur an wenigen Orten und nur für eine vorübergehende Zeit Erfolg hatten. Die Ursachen hierfür waren die wirtschaftliche Konstellation Deutschlands u. seine praktischen Verhältnisse.

Deutschlands Entwicklung zum Industriestaat setzte erst in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts ein. Von dieser Zeit an entwickelte sich auch erst die industrielle Frauenarbeit zu einem nennenswerten Faktor im Erwerbsleben. Es hat lange Zeit gedauert, ehe über den Umfang der Frauenarbeit in Deutschland und über ihre Bedeutung für das Wirtschaftsleben klare Kenntnis verbreitet werden konnte. Als Frauenarbeit schon längst in erheblichem Umfang Eingang gefunden hatte in zahlreichen Berufen, war selbst in der Arbeiterschaft noch der Gedanke stark verbreitet, daß die industrielle Frauenerwerbsarbeit — wie überhaupt jede Frauenerwerbsarbeit — von geringer Bedeutung für die Allgemeinheit und für die einzelne Frau ein nur vorübergehender Zustand sei, der mit der Betrauung sein Ende erreicht.

Die Frau gehört ins Haus!

Das war der Ruf für den Widerstand gegen außerhäusliche Frauenarbeit und auch gegen die Teilnahme der Frauen am öffentlichen Leben, einschließlich der Gewerkschaftsbewegung. Er wurde oft genug auch von den Frauen erhoben, von der außerhäuslichen Arbeiterin sowohl wie von den nicht Erwerbsarbeit verrichtenden Frauen der Arbeiter, den Müttern der Industriearbeiterinnen. Alte Gewohnheiten und überlieferte Anschauungen waren die Gründe dafür, daß die Gedanken den Ereignissen so schwer folgen konnten. Einen erheblichen Teil Schuld trugen übrigens auch die politischen Verhältnisse und die Gesetzgebung, die den Frauen keine Rechte gewährte.

Als die Arbeiterschaft erst den Umfang und den Einfluß der Frauenarbeit auf das Wirtschaftsleben erkannt und eingesehen hatte, daß Frauenarbeit sich nicht verbieten oder durch Widerstand beseitigen läßt, daß unorganisierte Frauenarbeit aber eine Gefahr für die Arbeitsbedingungen der gesamten Arbeiterschaft sei, setzte sie sich auch für die Organisation der arbeitenden Frauen ein. Die Erkenntnis von der Notwendigkeit gewerkschaftlicher Organisation der Frauen entwickelte sich freilich nicht in allen Berufen gleichmäßig. Je nachdem Frauenarbeit im Beruf verbreitet war und je nach der Stellung der Frauen im Arbeitsprozeß differierten die Ansichten darüber. Noch auf dem vierten Gewerkschaftskongreß, 1902, erklärte ein Vertreter des Verbandes der Handelshilfsarbeiter, daß seine Organisation erst vor kurzem über einen Antrag, auch die



Allein bist du nichts ...

schaftsgeneration kaum bewußt werden, mit welcher großer Ausdauer, und mit welcher großem Fleiße gearbeitet werden mußte, um der Verbandsstatistik des ADB. die hervorragende Stelle zu geben, die sie heute einnimmt.

Bald nach seiner Bestellung als internationaler Sekretär der Gewerkschaften bemühte sich Legien auch um die Gewinnung einer zahlenmäßigen, vergleichbaren Uebersicht über die Stärke der Gewerkschaften in den dem internationalen Sekretariat angeschlossenen Ländern. Da bei den einzelnen Nationen die Grundlagen, Einrichtungen und Methoden der Gewerkschaften sehr voneinander abweichen, und hierzu noch die Verschiedenartigkeit der Sprache und der Währung kommen, so ist es ungemein schwierig, zu einer streng vergleichbaren internationalen Statistik zu gelangen. Durch die Ausgabe einheitlicher Fragebogen zur Beantwortung für alle gewerkschaftlichen Landeszentralen sollte dieses Ziel, soweit es überhaupt möglich ist, erreicht werden. Die Erhebungen setzten mit dem Jahre 1904 ein und wurden sodann fortlaufend alljährlich vorgenommen. Leider wurde die Entwicklungsreihe durch den Krieg unterbrochen. Die letzte in Deutschland ausgegebene internationale Gewerkschaftsstatistik bringt den Stand der Gewerkschaften im Jahre 1912 zur Darstellung. Die Uebersichten hatten bis dahin bereits einen hohen Stand erreicht und gewährten einen guten Ueberblick über die gewerkschaftlichen Organisationsverhältnisse in den einzelnen Ländern. Die Herausgabe dieser internationalen Berichte in den drei Hauptsprachen, englisch, französisch und deutsch, sicherte ihnen eine gute Verbreitung. Nach dem Kriege wurden die internationalen Sta-

istiken von dem Internationalen Gewerkschaftsbund in Amsterdam wieder aufgenommen.

Neben der Verbandsstatistik werden vom Vorstand des ADB. alljährlich Erhebungen über den Stand der Ortsausschüsse, ihre Einrichtungen und ihre Kassengebarung unternommen. Sie erschließen dem Auge das Gebiet einer ungemein wichtigen und vielseitigen örtlichen Tätigkeit der Gewerkschaften. Für die Festigung des organisatorischen Aufbaues des ADB. erweisen sich gerade diese Statistiken als durchaus notwendig, obschon ihre Bearbeitung einen erheblichen Aufwand an Arbeitsleistung beansprucht.

Einen breiten Raum innerhalb der gewerkschaftlichen Statistiken nehmen die Feststellungen über die Zahl, den Umfang und die Resultate der von den Gewerkschaften geführten wirtschaftlichen Bewegungen und Arbeitskämpfe ein. Da die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen bzw. die Abwehr von Verschlechterungen, die hauptsächlichste Aufgabe der Gewerkschaften ist, so legt natürlich der Verband großen Wert auf die statistische Zusammenfassung der von ihm geführten Bewegungen. Schon frühzeitig wandte sich die frühere Generalkommission auch diesem statistischen Gebiet zu. Der erste Versuch, eine Gesamtübersicht über alle von den Gewerkschaften geführten Arbeitskämpfe zu erhalten, wurde für die Jahre 1890 und 1891 unternommen. Im Jahre 1905 wurden diese Erhebungen auch auf die Bewegungen ohne Arbeitseinstellung ausgedehnt. Die Grundlage der Statistik „der Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen“ bildet die Berichterstattung der Verwaltungsstellen der Verbände über die Bewegungen, die in ihrem Bereich ohne und mit Arbeitseinstellung stattgefunden haben. Um die Einheitlichkeit dieser Berichterstattung zu gewährleisten, werden für diese vom ADB. für die Verwaltungsstellen seiner angeschlossenen Verbände von einer besonderen Kommission für Statistik ausgearbeitete Formulare herausgegeben. Nach diesen Berichten werden in den Zentralbureaus die Bewegungen und Arbeitskämpfe registriert und die Ergebnisse am Schlusse des Jahres zusammengezogen.

In engster Verbindung mit der Statistik der wirtschaftlichen Bewegungen steht die Berichterstattung der Gewerkschaften zu der amtlichen Statistik der „Tarifverträge im Deutschen Reich“. Ueber jeden neuen Tarifabschluß oder jeden Nachtrag zu einem bestehenden Vertrage ist der Reichsarbeitsverwaltung auf besonderen dazu herausgegebenen Zählblättern zu berichten und derselben am Schlusse des Jahres eine Zusammenstellung der Tarifverträge zu liefern. Die Ergebnisse der Tarifstatistik werden in Sonderheften zum Reichsarbeitsblatt veröffentlicht. Hierbei sei auch erwähnt, daß dem gleichen Amte von den Gewerkschaften über die Zahl der arbeitslosen und verkürzt arbeitenden Mitglieder am Ende eines jeden Monats berichtet wird. Diese Zählungen basieren gleichfalls auf besonderem amtlichen Zählmaterial. Ihre Durchführung setzt eine sehr exakte Berichterstattung der Verwaltungsstellen voraus. Die Ergebnisse finden Verwendung zur Beleuchtung des Beschäftigungsgrades, sie bilden ein wesentliches Hilfsmittel zur

Frauen zu organisieren, zur Tagesordnung übergegangen sei. (Heute zählt die Organisation, der Deutsche Verkehrsbund, 26 159 weibliche Mitglieder.) Selbst als die Gewerkschaften nach Aufhebung des Sozialistengesetzes (September 1890) etwas mehr Bewegungsfreiheit erhalten hatten, vergingen noch zirka zehn Jahre, ehe die organisierten Arbeiterinnen einen nennenswerten Anteil an der Mitgliederzahl der Gewerkschaften ausmachten.

Ueber die ziffernmäßige Entwicklung des Anteils der Arbeiterinnen an der Gewerkschaftsbewegung gibt die folgende Tabelle Auskunft:

Jahr	Zahl der weiblichen Mitglieder	Prozentualer Anteil an der Gesamtzahl der organisierten Arbeiterschaft
1892	4 355	1,8
1896	15 265	3,6
1900	22 844	3,3
1905	74 441	5,7
1910	161 512	8,0
1913	223 676	8,8
1919	1 192 767	21,8
1922	1 753 578	21,6
1925	771 585	18,8

Dreißig Jahre hindurch ist also ein ständiges Anwachsen der Zahl organisierter Arbeiterinnen zu verzeichnen gewesen. Bedauerlich ist der starke Rückgang der Zahl in den letzten Jahren, nach dem sprunghaften Aufstieg, den die Gewerkschaftsbewegung

nach der Staatsumwälzung genommen hatte, und in den ersten Jahren der Republik. Damals kamen zu den Gewerkschaften in großer Zahl als neue Mitglieder solche Männer und Frauen, die bis dahin nicht gewagt hatten, sich der Gewerkschaftsbewegung anzuschließen, weil sie die Gegnerschaft des früheren Staates und seiner Organe zur Arbeiterbewegung kannten, und gerade diese neuen Mitglieder rechneten auf schnelle Erfüllung aller Wünsche und Forderungen, an die sie bis dahin nicht zu denken wagten. Diesen Mitgliedern war jeder Erfolg gewerkschaftlicher Arbeit ungenügend, u. a. auch die Durchsetzung des Achtstundentages, der vor dem 9. November 1918 namentlich in den Berufen mit starker Frauenarbeit nicht bekannt war. Als dann die allgemeine schlechte Wirtschaftslage Lohnerhöhungen nicht mehr so wie eine Zeitlang in Erscheinung treten ließ, kehrte ein erheblicher Teil dieser Mitglieder der Gewerkschaftsbewegung wieder den Rücken. Ein Teil blieb aber der Bewegung treu.

Diese Tatsache gibt uns den Beweis, daß die Ueberzeugung von der Notwendigkeit gewerkschaftlichen Zusammenschlusses immer mehr erkannt wird, und daß Werbearbeit zur Gewinnung weiterer Mitglieder auch bei den Arbeiterinnen auf Erfolg rechnen kann.

Die Frauen in der gewerkschaftlichen Internationale

Der erste, im Jahre 1903 erschienene Bericht über den Stand der internationalen Gewerkschaftsbewegung weist eine Mitgliederzahl von 1 719 000 Personen nach, von denen 78 908

Beurteilung des Verlaufs wirtschaftlicher Konjunkturschwankungen. In diesen amtlichen Statistiken sind nicht nur die im ADGB. vereinigten Verbände, sondern auch die Gewerkschaften der übrigen Organisationseinrichtungen beteiligt.

Eine seit dem Jahre 1919 vom Vorstand des ADGB. laufend geführte Statistik über die Höhe der tariflichen Zeitlöhne kann als der jüngste Zweig der allgemeinen Gewerkschaftsstatistik bezeichnet werden. Durch diese Statistik soll die Entwicklung der Löhne beobachtet und den Verbänden Material zur Betreibung ihrer Lohnpolitik gegeben werden. Sie weist die Spitzenlöhne männlicher Vollarbeiter von 44 und die weiblicher Vollarbeiter von 15 Berufen für 48 Orte aus. In bestimmten Zeitabschnitten — bis Ende 1925 vierteljährlich, jetzt halbjährlich — wird der jeweilige Stand der Löhne tabellarisch in der Gewerkschafts-Zeitung bekanntgegeben. Zur schnellsten Information der Verbandsfunktionäre über eingetretene Lohnänderungen werden besondere monatliche Uebersichten mit einer eingeschränkten Zahl vom Bundesvorstand herausgegeben.

Die Erfüllung der statistischen Aufgaben der Gewerkschaften, die im Rahmen einer kurzen Darstellung nur allgemein umrissen, nicht aber erschöpfend behandelt werden können, erheischen eine unendliche Fülle von Registrier- und Schreibarbeit in den örtlichen und zentralen Verwaltungsstellen. Ihre Leistung erfordert hohe geistige Eigenschaften und Sinn für strenge Systematik. In den größeren Gewerkschaften sind im Laufe der Jahre zur Erledigung der statistischen Arbeiten besondere statistische Abteilungen entstanden, die zahlreiche Arbeitskräfte beanspruchen. Zum mindesten sind in den Verwaltungsstellen mittlerer Verbände bestimmte Angestellte mit der Erledigung statistischer Arbeiten betraut, da von Personen, die noch mit anderen Obliegenheiten belastet sind, die statistischen Arbeiten nicht mehr ausreichend wahrgenommen werden können. Erfordern diese doch nicht nur eine Konzentration der Gedanken auf eine bestimmte Aufgabe, sondern auch Promptheit in der Erledigung, wenn sie ihren Zweck erfüllen sollen. Die Früchte aller dieser Arbeiten treten hervor in einer reichen Fülle statistischer Materials, das in den Geschäftsübersichten, Jahrbüchern usw. der Verbände niedergelegt ist. Soweit die hier erwähnten allgemeinen Statistiken in Frage kommen, sei hier besonders auf die Jahrbücher des ADGB. hingewiesen. Das Jahrbuch für 1925 enthält außerdem die Hauptergebnisse einer einmaligen Lohnerhebung, von der 145 000 Lohnempfänger erfasst wurden, die sicherlich eine große Beachtung finden dürfte. Das weit-schichtige Gebiet der gewerkschaftlichen Statistik kann in einer kurzen Darstellung nur umrissen, nicht aber erschöpfend behandelt werden. Das Studium ihrer Entwicklung zeigt uns ihre große Bedeutung für den kulturellen Aufstieg der Arbeiterklasse.



Bereint, eine Nacht!

Stimmen der Mitglieder

Ferien

Hat dieses Wort nicht für jede Kollegin und für jeden Kollegen einen guten Klang? Denken wir uns zurück in jene Zeit, wo wir in unserem Berufe noch keine Tarifregelung auf zentraler Grundlage hatten. Da gab es auch keine Ferien und wenn wir uns selber welche nahmen, waren die Papiere in den meisten Fällen schon fertig, wenn wir wieder anfangen wollten zu arbeiten. Da ist es jetzt doch anders, wo unsere Ferien tariflich festgelegt sind. Aber viele Kolleginnen und Kollegen nutzen ihre Ferien nicht richtig aus, sie widmen sie nicht der Erholung. Die wirtschaftlichen Verhältnisse bringen es mit sich, daß die meisten von uns keine größeren Reisen unternehmen können. Einem großen Teile der Kollegenschaft wäre es jedoch möglich, die Ferien mehr als bisher zur Weiterbildung und Erholung zu benutzen. Um zu zeigen, wie es gemacht werden kann, will ich erzählen, wie ich meine diesjährigen Ferien verlebt habe.

Vom Bildungsausschuß der SPD. werden jetzt alljährlich Ferien-turse veranstaltet, so auch in diesem Jahr einer, der in Wernigerode stattfand. Einer Aufforderung des Bezirkssekretariats Magdeburg folgend, meldete ich mich, und mir wurde ein Zuschuß bewilligt. Nun konnte ich die Zeit schon nicht mehr erwarten. Endlich nahte der ersehnte Tag. Am 4. September fuhr ich los, denn am 5. sollte der Kurs, dessen Ende für den 11. September vorgesehen war, beginnen. Nach einem wirkungsvollen Begrüßungsabend begann dann am anderen Morgen die Geistesarbeit. Ich habe dabei manches gelernt und werde bestrebt sein, das Gelernte im Interesse der Kollegenschaft zu verwerten. An die Kolleginnen und Kollegen möchte ich aber die dringende Bitte richten, in Zukunft ihre Ferien auch zu ihrer Weiterbildung auszunutzen.

Erich Paul, Ergleben.

Kollegen u. Kolleginnen werbt unermüdlich für den Verband

dem weiblichen Geschlecht angehörten. Sie verteilten sich auf folgende Länder:

Gewerkschaftliche Landeszentrale in	Weibliche Mitglieder der gewerkschaftlichen Internationale
Dänemark	5 062
Deutschland	40 866
England	12 000
Norwegen	149
Oesterreich	12 063
Schweden	2 140
Ungarn	1 828

Das vor kurzem erschienene letzte „Jahrbuch des Internationalen Gewerkschaftsbundes“ zeigt folgendes Bild:

Gewerkschaftliche Landeszentrale in	Weibliche Mitglieder der gewerkschaftlichen Internationale
Belgien	50 012
Dänemark	38 579
Deutschland, ADGB.	763 405
Deutschland, AfA.	108 084
England	294 760
Jugoslawien	2 450
Lettland	2 019
Nemelgebiet	284
Niederlande	10 779
Oesterreich	190 984
Polen	85 547

Schweden	31 054
Schweiz	13 272
Tschechoslowakei	61 378
Ungarn	17 112

Diese Uebersicht zeigt lediglich die aus den eingegangenen Berichten ersichtliche Verteilung der weiblichen Mitglieder in den angegebenen Ländern, sie ergibt keineswegs die gesamte Zahl organisierter, der gewerkschaftlichen Internationale angeschlossener Frauen. Eine Reihe von Ländern, nämlich Bulgarien, Frankreich, Italien, Kanada, Luxemburg, Palästina, Rumänien, Südafrika und Spanien haben nur die gesamte Mitgliederzahl angegeben, also keine Angaben gemacht, wieviel Männer und wieviel Frauen organisiert sind.

In den 14 Ländern, die über die organisierten weiblichen Arbeitnehmer berichten, waren nach dem jetzt vorliegenden Bericht 1 619 689 Frauen Mitglieder der gewerkschaftlichen Internationale. In den anderen Ländern sind nach den möglichen Schätzungen ebenfalls mindestens 1 700 000 weibliche Mitglieder vorhanden, so daß jetzt mehr als 1 700 000 organisierte weibliche Arbeitnehmer der gewerkschaftlichen Internationale angehören, also etwa 25mal so viel als der erste Bericht angibt.

Wer will angesichts dieser Ziffern noch an dem Sieg des Gewerkschaftsgedankens zweifeln oder daran, daß die Gewerkschaftsbewegung in allen Ländern der Arbeiterschaft Vortelle gebracht hat?

(Gewerkschaftliche Frauenzeitung)

Aus den Gauen und Zahlstellen

Konferenz des Gaues Schlesien

Die diesjährige Konferenz des Gaues Schlesien tagte am 12. September im Volkshaus zu Liegnitz. Die Zahlstellen waren durch 33 Delegierte, darunter 8 Kolleginnen, vertreten. Vom Hauptvorstand war Kollege Wenzel anwesend. Als Vorsitzende wurden die Kollegen Clement und Tische (Breslau), als Schriftführer Kollege Tschuppau (Schönberg) gewählt. In seiner Eröffnungsansprache gedachte Kollege Clement der im letzten Jahre verstorbenen Kollegen Hermann (Hirschberg), deren Andenken die Anwesenden durch Erheben von den Plätzen ehrten. Genosse Loges vom Ortsausschuß des DGB. schilderte an Hand eines gedruckt vorliegenden Jahres- und Kassenberichtes die Entwicklung der Liegnitzer Gewerkschafter, dabei hervorhebend, daß sich deren Mitgliederzahl trotz der Krise von 8000 auf 10 000 erhöht habe. Mit Stolz konnte er auf die Schaffung eines eigenen Heims, das schöne Volkshaus, hinweisen. Sodann erstattete Gauleiter, Kollege Clement, seinen Tätigkeitsbericht. Wie in allen Gauen, hatte die furchtbare Wirtschaftskrise auch in Schlesien die Entwicklung der Organisation gehemmt. Noch nie hat sich eine Tabaksteuererhöhung so verheerend ausgewirkt wie die letzte. In allen Orten, wo Zahlstellen bestehen, bestand und besteht teilweise noch Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit. Deshalb mußte das Hauptfeld der Tätigkeit auf die Durchführung der Ausführungsbestimmungen zu Artikel III des Tabaksteuergesetzes gelegt werden, um der schwer leidenden Kollegenschaft ihre gesetzlichen Unterstützungsansprüche zu verschaffen. Aber auch gegen Verschlechterungen der tariflichen Lohnbestimmungen mußte energisch Front gemacht werden. Ein Teil der Unternehmer versucht gerade in solchen Krisenzeiten sich die Notlage der Arbeiterschaft durch Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zunutze zu machen. Wenn beabsichtigte Reduzierungen erfolgreich abgewehrt werden konnten, so nur durch das Bestehen einer zentralen Lohnregelung. Um aber eine Fortsetzung dieser Lohnregelung zu ermöglichen, muß unbedingt an die Opferfreudigkeit und die Solidarität der Kollegenschaft appelliert werden. Nur so werden auch alle in Zukunft bevorstehenden Kämpfe erfolgreich geführt werden können. Besonders behandelte Kollege Clement dann die Material- und Ferienfrage, ging auf die äußerst gesundheitschädliche und produktionschädigende Unsitte des Puderns der Zigarren ein und begrüßte, daß er den Vertreter der Gewerbeaufsichtsbehörde in dieser Frage zu Rate ziehen und auf diesen Uebelstand besonders aufmerksam machen konnte. Ausführlich auf die Beitragleistungen der einzelnen Zahlstellen hinweisend und mit dem Ersuchen, sich in den Zahlstellen für die Beseitigung der 25-J-Klasse einzusetzen, schloß Kollege Clement seinen Bericht mit den Worten: Die Organisation hat in allen Fragen ihre Schuldigkeit getan, möge auch die Kollegenschaft der Organisation gegenüber das gleiche tun. — Die darauf folgende Aussprache, an welcher sich elf Delegierte, der Kollege Wenzel und Genosse Schmidt als Gewerbebetriebskontrolleur beteiligten, war von großer Sachlichkeit getragen. Kollege Wenzel ging besonders auf die Steuer- und Tariffragen ein und vertrat die Einführung einer sozialen Staffelung der Bandrolensteuer. Ferner wies er auf die tariffeindliche Einstellung eines großen Teiles der organisierten Fabrikanten hin. Ob es auch in Zukunft gelingt, wieder zentral abzuschließen, sei fraglich; hauptsächlich werde es auf die Schlagfertigkeit der Organisation ankommen. Genosse Schmidt begrüßte die Hinzuziehung der Gewerbeaufsicht zu den Gewerkschaftskonferenzen und machte wegen der hygienischen Betriebsverhältnisse auf die Bundesratsverordnung vom 17. Februar 1907 aufmerksam. Aufgabe der Betriebsvertretungen muß es sein, auf bestehende Mängel in den Betrieben die Betriebsleitung und, wenn keine Abhilfe geschaffen wird, die Gewerbeaufsichtsbehörde aufmerksam zu machen. Nach einem kurzen Schlusswort des Gauleiters wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Die Konferenz erklärt sich mit dem Tätigkeitsbericht des Koll. Clement einverstanden und verspricht, im Sinne seiner Ausführungen für den Aufbau der Organisation wirken zu wollen.“

Nach Beendigung der Mittagspause hielt Kollege Wenzel ein Referat über die deutsche und die internationale Gewerkschaftsbewegung. Ausgehend von den Ursprüngen der Arbeiterbewegung, behandelte der Referent ausführlich die Organisationsentwicklung von der Zeit nach der bürgerlichen Revolution von 1848 an unter Hervorhebung des Anteils der Tabakarbeiter an dem heutigen Stand der Gewerkschaftsbewegung und der Kämpfe in früheren Jahrzehnten, vornehmlich unter dem Sozialistengesetz. Die Tabakarbeiter waren die ersten, welche in Deutschland den Gedanken des organisatorischen Zusammenschlusses mit dem Ziel der Erreichung kollektiver Tarifverträge aufgriffen. Die einzelnen Erfolge der verschiedenen Gewerkschaften verschafften dem gewerkschaftlichen Gedanken in der Arbeiterschaft immer mehr Boden. Weder Krieg noch Inflation haben die Gewerkschaften vernichten können. Während dieselben bis zum Kriege neben der Verbesserung der Löhne und des Arbeiterstandes für die Anerkennung der Gleichberechtigung schwere Kämpfe zu führen hatten, ist letztere nunmehr durchgesetzt worden. Ferner streifte Redner den Zusammenschluß der einzelnen Gewerkschaften in der Generalkommission und hob dabei die Verdienste der Genossen Legien und von Elm hervor. Dann kam er auf den internationalen Zusammenschluß der Gewerkschaften und die aus Anlaß des 25jährigen Bestehens der internationalen Gewerkschaftsbewegung stattfindende Werbewoche vom 13. bis 19. September zu sprechen. Nach kurz auf die Rede des Dr. Silberberg auf der Tagung der Industrie in Dresden kritisch eingehend, schloß Kollege Wenzel seine Ausführungen mit dem Hinweis, daß, wenn die Erfolge der Gewerkschaften bisher nicht höher waren, es an der Schuld der Unorganisierten liege, deren Erfassung in der Werbewoche Aufgabe aller Ge-

werkschaftskollegen und -kolleginnen sein müsse. Eine Aussprache über die Ausführungen des Kollegen Wenzel wurde nicht gewünscht. Koll. Clement gab darauf einige Ratschläge und Fingerzeige, wie die Werbewoche ausgenutzt werden muß, um einen durchschlagenden Erfolg buchen zu können. Er ermahnte die Delegierten, für die rechtzeitige Einsendung der Resultate Sorge zu tragen. Die Wahl der Beisitzer für den Fach-Schlichtungsausschuß ergab Wiederwahl der Kollegen Tische (Breslau) und Kaschny (Trebitz), den dritten Beisitzer wählte die Zahlstelle Breslau. Zum Stellvertreter wurde der Kollege Schmidt (Brieg) gewählt. Die nächste Gaukonferenz findet in Görlitz statt. Nach einem Appell an die Delegierten, im Sinne der Konferenzbeschlüsse in den Zahlstellen zu arbeiten, schloß Kollege Clement mit einem Hoch auf den Deutschen Tabakarbeiter-Verband, in das die Teilnehmer begeistert einstimmten, gegen 4.30 Uhr die Konferenz.

Breslau. Am 13. September, nachmittags 4 Uhr, fand hier eine außerordentlich gut besuchte Versammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen der Zigarettenindustrie statt. Der Versammlungsraum war derartig überfüllt, daß viele umstehen mußten und ein großer Teil der Versammlungsbesucher sich mit Stehplätzen begnügen mußte. Als Redner war der Kollege Otto Wenzel, Bremen, erschienen. Kollege Wenzel sprach über die Entwicklung der Zigarettenindustrie. Die Zigarettenindustrie habe ohne Zweifel in den letzten Jahren alles getan, um in der Produktion primitiver Maschinen durch leistungsfähige zu ersetzen. Auch in der Zigarettenpackerei habe man bereits Maschinen aufgestellt, die allerdings noch in der Entwicklung wären. Durch die Entwicklung von der Handarbeit zur Maschinenproduktion seien auch selbstverständlich die Konzentrationsbestrebungen in der Zigarettenindustrie gefördert worden. Stellten doch durch die Konzernbildung 13 Unternehmer heute bereits 80 Prozent der gesamten Produktion her. Redner ging dann noch auf die Kündigung des Haupttarifes ein und erklärte, daß die Arbeiterschaft in der Zigarettenindustrie durch eine geschlossene Organisation alles daransetzen müsse, um einen Abbau der Ferien zu verhindern. Reicher Beifall lohnte dem Redner für seinen interessanten Vortrag. Die Kollegen Lange und Nowak dankten dem Kollegen Wenzel für seinen lehrreichen Vortrag und versprachen, im Sinne des Referats zu arbeiten. Gauleiter Kollege Clement erläuterte dann den Sinn der Werbewoche. Der Internationale Gewerkschaftsbund habe beschlossen, seine 25-Jahrfeier mit einer Werbewoche für die freien Gewerkschaften zu verbinden. Die Organisationen sollen nicht nur durch Versammlungen und Demonstrationen ihren Machtwillen zum Ausdruck bringen und Absichtsstehende anziehen, sondern es soll auch mit dem Gedanken gebrochen werden, daß in vielen Familien der Vater die Organisationszugehörigkeit seiner Person zur freien Gewerkschaft für ausreichend halte, und es verabsäume, auf seine Familienmitglieder, die in der Tabakindustrie usw. beschäftigt werden, einzuwirken, damit auch diese sich den freien Verbänden anschließen.

Finstertal. Die am 17. September im Vittoria-Hotel stattgefundene öffentliche Tabakarbeiter-Versammlung nahm zunächst einen ausführlichen Bericht des Gauleiters Kollegen Fischer, Berlin, über die Unterstützung der verdienstgeschädigten Tabakarbeiter nach dem 30. September 1926 entgegen. Besonders behandelte Redner die Aussprache mit dem Reichsfinanzministerium, die ergeben hat, daß die den Tabakarbeitern nach Artikel III des Tabaksteuergesetzes zustehende Unterstützung in allen Fällen auf die Dauer von 52 Wochen zur Auszahlung kommen soll. Dann kam Kollege Fischer auf die Bedeutung der Werbewoche zu sprechen und wies darauf hin, daß es Pflicht aller Unorganisierten sei, sich dem Deutschen Tabakarbeiter-Verband anzuschließen. Da sich eine Aussprache über die fesselnden Ausführungen des Gauleiters erübrigte, konnte der Vorsitzende die sehr gut besuchte Versammlung schließen.

Mannheim. Am 16. September tagte im Volkshaus eine allgemeine Tabakarbeiter-Versammlung mit folgender Tagesordnung: „Die Folgen der steuerlichen Belastungen der Tabakindustrie, die Einstellung der Arbeitgeberverbände zu den wichtigsten Tariffragen, und was gedenken die Tabakarbeiter zu tun, um ihre Positionen zu sichern bzw. weiter auszubauen?“ — Der Kollege Wegger verstand es in einem mehr als einstündigen Referat, die Anwesenden zu fesseln. Redner zeigte, wie die Tabakarbeiter stets von zwei Feinden umgeben sind. Auf der einen Seite die Reichsregierung, die stets mit neuen Belastungen des Tabaks viele Existenzen vernichte und die Opfer ihrer Politik nicht genügend unterstütze. Im Zusammenhang damit schilderte Redner das Zustandekommen des Tabaksteuergesetzes vom 10. 8. 25 und gabelte dabei scharf das Verhalten der christlichen Arbeitervertreter. Auf der andern Seite seien es die Unternehmerverbände, die stets mit allen möglichen Mitteln versuchten, die Lage der Tabakarbeiter zu verschlechtern. Trotz der Tarifverträge suche man die Rechte der Arbeiter zu beschneiden. Dies bedeute, daß die kommenden Tarifverhandlungen schwere Kämpfe auslösen werden. Redner besprach dann die Verhältnisse der einzelnen Kategorien in der Tabakindustrie und forderte Stärkung der Organisation durch Eintritt und regelmäßiges Zahlen der richtigen Beiträge. Nur mit einer großen finanziell gutgestellten Einheitsorganisation könne bei den kommenden Kämpfen Ersprießliches für die Tabakarbeiter geleistet werden. Zum Schluß besprach Redner das Jubiläum der internationalen Gewerkschaftsbewegung und die Werbewoche. Nur durch allgemeinen Zusammenschluß und kollegiales Zusammenarbeiten können wir der Befreiung der Arbeiterklasse näherkommen. — Nachdem dieser Vortrag beifällig aufgenommen war und eine Diskussion nicht gewünscht wurde, konnten eine Anzahl Beitrittserklärungen vollzogen werden. Der Vorsitzende Kollege Rothnagel schloß dann mit einem anfeuernden Schlusswort die anregend verlaufene Versammlung.